

DIE LINKE. Kreisverband Wesel

Antworten auf die Wahlprüfsteine des Niederrheinappells

Entlastung der Region

1) Sieht Ihre Partei das Problem einer Überbelastung der Region Niederrhein durch den Kiesabbau und schwerwiegende Konflikte mit anderen Interessen?

Der Kiesabbau am Niederrhein ist über Jahrzehnte schleichend fortgeschritten. Die Menschen hier haben ihn lange Zeit nicht als Bedrohung empfunden. Mehr noch, sie haben ihn bisweilen sogar begrüßt. Es entstanden Seen, wie der Auesee in Wesel oder die Seen in Xanten – wahre Publikumsmagneten. Allerdings haben sich die Kiesbagger soweit ins Erdreich und in die Fläche hineingefressen, dass die negativen Folgen nicht mehr zu übersehen sind:

- Seit Jahrzehnten wird infolge des Kieshungers wertvolle landwirtschaftliche Nutzfläche abgegraben. Das treibt die Bodenpreise in die Höhe und trägt zur Vernichtung bäuerlicher Existenzen bei. Das ist nicht zukunftsfähig.
- Der Grundwasserkörper wird aufgebrochen - mit negativen Folgen. Die hohe sommerliche Verdunstung von Niederschlags- und Oberflächenwasser ist infolge der klimatischen Veränderung in den beiden letzten Jahren höher als bisher üblich ausgefallen. Das im Sommer sinkende oberflächennahe Grundwasser kann auch wegen der relativ trockenen Wintermonate (November bis März/April) nicht mehr aufgefüllt werden. Der Grundwasserspiegel sinkt. Dabei benötigen wir Grundwasser in hohem Maße für unser Trinkwasser.
- Die Baggerseen verhindern nicht, wie versprochen, bei starken Regenfällen eine Überflutung der Landschaft. Im Gegenteil, sie behindern offenbar das Abfließen von Wasser aus den infolge des starken Regens überschwemmten Flächen, so dass diese Überschwemmungsgebiete länger überflutet bleiben als dies früher der Fall war.
- Die Ausbaggerung des Niederrheins hat jetzt schon das Bild Kulturlandschaft „Niederrhein“ entscheidend verändert. Wer am Niederrhein über Land fährt, kann die ausgekiesten Flächen nicht übersehen und kaum umgehen. Oft sind es Baggerlöcher, die sich uns als offene Wunden in unserer Landschaft darbieten.
- Die Kieswirtschaft versucht den Menschen am Niederrhein die fortgesetzten Abgrabungen als „Wohltaten“ für die Freizeit der Menschen oder als „Baggern ist Bio“ zu verkaufen. Dabei kann man den Abgrabungen allenfalls einen äußerst eng begrenzten „Kollateral-Nutzen“ zusprechen, denn Zweck der Kiesindustrie ist es Kies zu fördern, ihn nach Korngrößen zu trennen und diesen mit Profit auf dem Markt zu verkaufen.
- Alles andere ist sekundär und bringt nicht selten weitere Probleme mit sich, wie am Beispiel der Xantener Seen deutlich wird. In den Sommermonaten ziehen sie täglich tausende Menschen an, die, weil es nicht anders möglich ist, mit ihren Autos für eine Blechlawine sorgen. Obwohl die Zahl der Besucher groß ist, trägt

sich diese Freizeitangebot nicht selbst. Stadt und Kreis müssen jährlich Hunderttausende Euro in das Projekt stecken, um es zu erhalten. Dort, wo es gelingt, eine biologisch interessante Sennlandschaft zu schaffen, wächst der Druck, dieses Gebiet, weil es ja so schön ist, auch kommerziell zu nutzen.

DIE LINKE im Kreis Wesel hat aus diesen Gründen den Niederrheinappell unterschrieben.

2) Wie wollen Sie der Gefahr einer einseitigen naturräumlichen Überbelastung entgegenwirken?

In der Landespolitik gilt die weitere Förderung von oberflächennahem Sand und Kies am Niederrhein als unabdingbar, da hier nun einmal diese Rohstoffe geologisch bedingt lagern und die Siedlungsdichte nicht sehr hoch ist. Der weitere Kiesabbau ist für sie quasi ein Naturgesetz, weil gebaut werden muss. Obwohl die Politiker dort wissen, dass jede natürliche Ressource begrenzt ist, handeln sie nicht danach. Vielmehr räumen sie der Kieswirtschaft die Möglichkeit ein, weitere Jahrzehnte Kies zu fördern, weitere Seen zu schaffen, weitere Flächen zu verbrauchen und die Kulturlandschaft unwiederbringlich zu zerstören.

Das Problem einer naturräumlichen Überlastung ist eine reale Gefahr. Sie ist aber nicht durch technische Tricks zu lösen oder durch eine „gerechte“ Verteilung der Abgrabungen. Dadurch wird nicht eine Tonne Kies weniger abgegraben. Die Gefahr ist allein politisch zu beseitigen: Die Menschen am Niederrhein, ob Beamte, Angestellte oder Arbeiter, müssen der Regierung und der Kieswirtschaft durch ihren Protest deutlich machen, dass sie sich in einer Sackgasse befindet. Anders ausgedrückt: Die Menschen müssen durch ihren Protest für die Regierenden einen solchen Druck aufbauen, dass Veränderungen möglich werden. Daran, diesen Druck aufzubauen, wirkt DIE LINKE gerne mit.

Wie können die Flächenausdehnungen begrenzt werden?

Sicherlich können die genehmigten Lagerstätten intensiver genutzt werden. Man kann u.a. mehr in die Tiefe gehen. Das alles ist jedoch begrenzt, da diese Maßnahmen nicht den Druck aufheben, der von der Nachfrage nach diesem Rohstoff ausgeht, zumal dieser Rohstoff bereits heute zumindest international immer knapper wird. Der Bauboom oder muss man sagen, Bauwahnsinn, hält an: Unentwegt werden neue Straßen, Bürohochhäuser, Gewerbegebiete usw. geplant und gebaut. Alte Gebäude, soweit sie nicht unter Denkmalschutz stehen, haben keinen Wert. Sie werden abgerissen. An ihre Stelle werden neue Gebäude errichtet, die profitabler vermietet, verpachtet oder verkauft werden können.

Wer nicht will, dass weitere Flächen der Kieswirtschaft zum Opfer fallen, der muss sich dafür einsetzen, dass sich unsere Lebensweise ändert, der muss wollen, dass die Politik eine Schranke setzt, um den Kiesabbau zu stoppen. Das will DIE LINKE, die eben auch für eine andere Baupolitik und einen anderen Umgang mit Grund und Boden eintritt.

3) Halten Sie daher eine planmäßige jährliche Reduzierung der Kiesabbau-Mengen (z.B. 5 %) für notwendig?

Die planmäßige Reduzierung der jährlichen Kiesabbau-Menge wäre ein erster Schritt, dem weiteren Kiesabbau eine Schranke zu setzen. Das würde auch dazu beitragen, die weitere Flächenausdehnung der Abgrabungsgebiete zu begrenzen. Darum unterstützt DIE LINKE eine solche Maßnahme. Um sie durchzusetzen bedarf es aber eines entsprechenden politischen Drucks der Öffentlichkeit, d. h. seitens der Bürgerinnen und Bürger.

4) Wollen Sie sich gegen die in der Landesplanung festgeschriebene Verlängerung der Versorgungszeiträume auf von 20 auf 25 Jahre einsetzen?

DIE LINKE hat sich bereits 2018 und 2019, als die Diskussionen um den neuen Regionalplan begannen, für die Beibehaltung des Versorgungszeitraums eingesetzt. Jede Verlängerung, ob auf 25 Jahre oder sogar darüber hinaus, gibt die Steuerung des Kiesabbaus aus der Hand und schafft für die Kiesindustrie die Möglichkeit, weiteren Raubbau an dieser Ressource und an der Kulturlandschaft Niederrhein zu betreiben. Denn die geplante Verlängerung bedeutet für die Zukunft, den weiteren Ausbau von künftigen Kiesausbeutungsflächen und damit einen weiteren, ausgedehnteren Flächenverbrauch. Mehr noch: Wird der Versorgungszeitraum im Laufe der Zeit deutlich unterschritten, müssen neue Flächen ausgewiesen und erschlossen werden. DIE LINKE lehnt das ab.

5) An welchen Zahlen soll sich die Bedarfsermittlung orientieren und wie wollen Sie sicherstellen, dass diese Zahlen aus neutraler Hand zur Verfügung stehen?

Den Bedarf an zu fördernden Kies zu ermitteln, ist eine komplizierte Rechnung. Bei solchen Berechnungen müsste man entweder von den Mengen ausgehen, die in der Vergangenheit abgegraben und abgesetzt wurden und diese fortschreiben oder Prognosen zum zukünftigen Bedarf erstellen. Je weiter man in die Zukunft hineingeht, desto größer wird dabei das Spektrum der Unsicherheiten. Zudem wäre ein „weiter so“ genau das, was wir und viele Menschen im Kreis Wesel nicht wollen, denn dies würde bedeuten, die Abgrabungsflächen weiter anwachsen zu lassen. Vielmehr unterstützen wir die Forderung, den Abbau von Kies zumindest um jährlich 5 Prozent zu reduzieren. Folge wäre, dass in ca. 20 Jahren nahezu kein Kies mehr abgebaut werden würde. Bis dahin müssten gerade für den Baubereich Alternativen entwickelt werden. 20 Jahre müssten dazu allerdings ausreichen.

6) Halten Sie die Einbeziehung des Exports in die Mengenermittlung für richtig?

Bezöge die Landesregierung bzw. die Landesplanung die Menge des exportierten Kieses nicht in ihre Fortschreibung ein, so würde das die über den Planungshorizont zu fördernde Kiesmenge entschieden senken. Das bedeutet jedoch nicht, dass kein Kies mehr exportiert werden würde. Sehr wahrscheinlich würden weiterhin externe Märkte bedient. Bei einer erneut erfolgenden Anpassung der potentiellen Auskiesungsflächen an den Versorgungshorizont müsste die Mengenermittlung erneut den Export herausrechnen. Die ermittelte Menge würde erneut niedriger ausfallen.

Die Forderung nach einer Nicht-Berücksichtigung von Exportmengen erscheint sehr radikal. Doch es gilt zu bedenken, dass die Bundesrepublik zum wirtschaftlich größten Freihandelsabkommen, der EU, gehört und schon daher eine Realisierung dieser Forderung so einfach nicht möglich ist.

Zudem ist die Bundesrepublik zwar führendes Exportland, selbst aber auf Rohstoff- und

Lebensmittelimporte aus verschiedenen Regionen der Welt angewiesen. Die Gewinnung dieser Rohstoffe hinterlässt in diesen Ländern ebensolche offene Wunden wie der Kiesabbau bei uns, so auch beim Import von Mandeln, Avocados oder Tomaten. Der Anbau in Spanien hat dort zum Beispiel zu einer Überbelastung der Wasserreserven und zu einer Austrocknung des Bodens geführt.

Wir benötigen daher eine grundlegend andere Wirtschaftsordnung, die regionale Wirtschaftskreisläufe fördert, grundsätzlich auf die Zerstörung von Lebens- und Kulturräumen verzichtet, gerechte Produktionsbedingungen gewährleistet und auch in Kauf nimmt, dass eben nicht alles immer zur Verfügung steht. In diesem Sinne – und nicht nach dem St.-Florians-Prinzip – kann auch für eine Exportbegrenzung für Kies geworben werden.

DIE LINKE sieht allerdings derzeit in einer Verkürzung des Versorgungszeitraums und einer jährlichen prozentualen Reduzierung der zu fördernden Menge bei gleichzeitiger intensiver Fortentwicklung bereits bestehender Alternativen zum Kieseinsatz einen erfolgversprechenderen Weg als in der Export-Debatte.

7) Wie stehen Sie zur Einführung einer Kies-Abgabe? Welche Gründe sind für Sie ausschlaggebend?

DIE LINKE hat sich in allen ihren bisherigen Stellungnahmen zum Kiesabbau für eine Kiesabgabe ausgesprochen. Sie geht dabei davon aus, dass nicht nur der Boden, aus dem Kies herausgeholt wird und die Förderung des Kieses einen Preis haben muss, sondern auch der Kies selbst. Zumal die langfristigen Folgen des Kiesabbaus im Bodenpreis nicht enthalten sind. Der Kies wird als Gratisgabe der Natur betrachtet. Eine Kiesabgabe würde deutlich machen, dass dem nicht so ist.

a) Wie stellen Sie sicher, dass ein finanzieller Ausgleich für Folgenutzungen erfolgt?

Die entstehenden Seen als Folgen der Abgrabungen generieren weitere Kosten. Selbst dort, wo sie kommerziell genutzt werden, stehen der Kreis und die Kommunen in der Pflicht, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen und zu erhalten. Wo keine kommerzielle Nutzung vorliegt, fallen stetig umfangreiche Pflegekosten an. Eine Kiesabgabe, die diese Ewigkeitskosten berücksichtigt, kann für einen solchen finanziellen Ausgleich genutzt werden.

b) Welchen Einfluss auf den Preismechanismus schlagen Sie vor, um alternative Verfahren gegenüber dem Einsatz von Primärrohstoffen wie Kies und Sand für die Wirtschaft und Behörden interessanter zu machen?

Über eine dringend notwendige Kiesabgabe wird es bereits zu einer Verteuerung des Rohstoffs Kies kommen.

Unseres Erachtens muss es darüber hinaus (wie beim EEG) eine gezielte staatliche Förderung für die Entwicklung und für den Einsatz alternativer Baustoffe geben, um einen entsprechenden Anreiz zum Einsatz alternativer Baustoffe zu schaffen.

Skeptisch stehen wir allen Versuchen mit dem Emissionshandel ähnlichen Modellen Lenkungseffekte herbeizuführen. Die Gefahr spekulativer Geschäfte, die letztlich den Kiesverbrauch nicht reduzieren, aber die Profite der Kiesindustrie sichern und vergrößern, ist hier zu groß.

c) Welche Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung alternativer Baustoffe gehen Sie an?

Es müssen gesetzliche Grundlagen zur Verwendung alternativer Baustoffe auf Bundesebene geschaffen werden; verbunden damit muss ein Fonds geschaffen werden, der demokratisch kontrolliert und ohne Unternehmenseinfluss, die Förderung und Erforschung solcher Baustoffe ermöglicht. Die Verwendung alternativer Baustoffe muss finanziell unterstützt werden.

8) Bisher wurden auf das jeweilige Abgrabungsgebiet begrenzte hydrogeologische Untersuchungen durchgeführt. Unterstützen Sie demgegenüber hydrogeologische Gutachten für größere Bereiche auch kreisübergreifend zur Klärung des komplexen Wasserhaushaltes am Niederrhein vor dem Hintergrund zunehmender Eingriffe durch den Kiesabbau und drohender Hochwassersituationen bei Starkregen?

DIE LINKE ist der Auffassung, dass eine lediglich auf das jeweilige Abgrabungsgebiet begrenzte hydrologische Untersuchung völlig unzureichend ist. Es muss darum gehen, das Grundwasser am Niederrhein in einem Gesamtzusammenhang zu untersuchen. Es geht nicht allein darum, die Grundwasserleiter zu erforschen, sondern auch die Anreicherung und Speicherung von Grundwasser.

Zudem steigt der Wasserbedarf deutlich an. In den 1930er Jahren betrug der durchschnittliche Wasserverbrauch in Deutschland noch 30 Liter pro Tag. Heute sind es mehr als 300 Liter pro Tag und im Ruhrgebiet in Spitzenzeiten sogar 500 bis 650 Liter pro Tag, alles jeweils pro Kopf. Die Dürre der letzten beiden Jahre hat den Wasserbedarf noch steigen lassen, gleichzeitig steht weniger Wasser zur Verfügung. Wir dürfen auch vor diesem Hintergrund nicht leichtfertig mit unserem Grundwasser umgehen. Deshalb ist eine umfassende und unabhängige Erforschung des Grundwassers am Niederrhein notwendig. Diese Erforschung darf nicht den Kiesunternehmen mit ihren wirtschaftlichen Interessen in die Hand gelegt werden.

Besonders schützenswerte Zonen (Tabuzonen)

9) Unterstützen Sie Tabuzonen als Ziel der Landespolitik in folgenden Fällen:

a) Wassereinzugs- und -reservegebiete?

DIE LINKE ist der Meinung, dass Wasserschutzgebiete nicht zu Abgrabungsgebieten werden dürfen. Wenn das bisher der Fall war, dann war das ein Fehler, der nicht wiederholt werden darf.

b) Beziehen Sie dabei ausdrücklich Wasserschutzgebiete III B mit ein?

Ja. Wir benötigen aufgrund des Klimawandels ein völlig neues Wassermanagement. Das muss auch diese Gebiete berücksichtigen. Das Gindericher Feld und angrenzende Bereiche ist eine solche Tabuzone.

c) Gebiete zum Schutz von Natur und Landschaft, FFH- und EU-Vogelschutzgebiete?

Vogelschutzgebiete und andere Gebiete zum Schutz von Natur- und Landschaft müssen wirklichen Tabugebieten werden. Tatsächlich hat sich die Lage solcher Gebiete ständig verschlechtert. Es geht darum, sie zu erhalten und verbessern.

d) Ackerflächen mit einer natürlichen Bodengüte von mehr als 80 Punkten?

Zwischen wertvollem Ackerland und Kiesablagerung besteht ein enger geologischer, naturhistorischer Zusammenhang. Jede Abgrabung zerstört wertvolles Ackerland auf Dauer. Im Gegensatz zu Überdüngung sind die Folgen des Kiesabbaus nahezu irreversibel.

Die international bedeutsame wirtschaftliche Stellung der Bundesrepublik, die sie allein 2019 die Bundesrepublik einen Überschuss in der Kapitalbilanz von 263 Milliarden Euro und eine Exportquote von rund 46 Prozent, führt dazu, dass wir nahezu problemlos alles, auch landwirtschaftliche Produkte, billig importieren können. Dies führt dazu, dass wir es uns erlauben, mit der eigenen Ackerfläche großzügig umzugehen. Wir graben sie ab oder verbauen sie. Eine solche Politik ist aber nicht nachhaltig. Vielmehr ist die Förderung der regionalen Versorgung mit Nahrungsmitteln notwendig und die Umwandlung bzw. Vernichtung von Ackerflächen muss verhindert werden.

e) kulturhistorisch wertvolle Landschaften?

Die landschaftlichen Veränderungen durch den Kiesabbau haben zwar, wie zuvor bereits beschrieben, durchaus attraktive Seen im Kreisgebiet geschaffen, allerdings mit den begleitenden negativen Folgen. DIE LINKE hält es für notwendig, weitere Eingriffe in die kulturhistorisch wertvollen Landschaften am Niederrhein zu vermeiden und daher keine neuen Abgrabungsgebiete auszuweisen.

Risiko minimierende Maßnahmen und Wiederherstellung

10) Wie stellen Sie sich beim Verlust landwirtschaftlicher Flächen die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln ohne eine Steigerung der Importe vor, die mit zusätzlichen Umweltbelastungen und zusätzlichen Abhängigkeiten verbunden wären?

DIE LINKE setzt sich für die Stärkung regionaler und nachhaltiger Wirtschaftskreisläufe ein und lehnt die Umwidmung landwirtschaftlicher Flächen grundsätzlich ab. Die regionale Landwirtschaft muss vielmehr gestärkt werden, da die derzeitige Importpolitik bei Nahrungsmitteln schon jetzt weltweit massive negative Auswirkungen in zahlreichen Anbaugebieten hat.

11) Wie wollen Sie die Standards einer qualitätsvollen nachhaltigen Wiederherstellung/ Rekultivierung sicherstellen und wer soll sie bezahlen und kontrollieren?

Mit einer Kiesabgabe müssen neben den Ewigkeitskosten auch die Mittel erwirtschaftet werden, die zur Rekultivierung notwendig sind. Die Rekultivierungsmaßnahmen selbst dürfen nicht in die Hand der Kiesunternehmen gelegt werden, sondern müssen von den politischen Gremien unter größtmöglicher Bürger*innenbeteiligung entwickelt werden.

Alternativen zum Kiesabbau

12) Welche Alternativen bei der Substitution der Primärrohstoffe und Änderung der Bauverfahren werden Sie fördern, um eine Reduzierung der benötigten Kies- und Sandmengen zu erreichen?

Auf Initiative von DIE LINKE hat der Kreis Wesel bereits eine Konferenz zu alternativen Baustoffen durchgeführt. DIE LINKE tritt zudem für eine Reduzierung bei der Ausweisung neuer Baugebiete im Kreis Wesel ein. Ausgeschöpft müssen die baurechtlichen Möglichkeiten für eine ökologisch Baupolitik. Dazu gehört der Einsatz von Recyclingmaterialien ebenso wie die Durchsetzung klimaneutralen Bauens.

13) Unterstützen Sie den bevorzugten Einsatz von Recyclingmaterial? Wie wollen Sie im öffentlichen Bereich eine Erhöhung dieses Einsatzes fördern?

DIE LINKE tritt dafür ein, dass der Kreis Wesel und seine Kommunen eine Vorreiterrolle beim Einsatz alternativer Baustoffe und Recyclingmaterialien bei öffentlichen Neubauten einnehmen. Hierzu gehört auch, dass geprüft werden muss, wie die Abfallgesellschaft des Kreises Wesel selbst zu einer Recyclingstelle wird und diesen Geschäftsbereich auf- und ausbaut.

14) Welche Ansätze verfolgen Sie, um die Genehmigungsverfahren im Bereich Baustoffrecycling zu vereinfachen und zu beschleunigen?

Immissionsschutzrechtlichen Regelungen zur Begrenzung der Belastung der Bevölkerung durch Immissionen auch durch baustoffrecycelnde Betriebe hält DIE LINKE ebenso für sinnvoll wie die bestehenden Vorschriften im Baurecht. Es muss gewährleistet werden, dass recycelte Baustoffe nicht belastet und umweltverträglich sind. Beschleunigt werden muss die Forschung und Entwicklung in diesem Bereich.